Detailansicht des Registereintrags

Verein Deutscher Zementwerke e.V.

Aktuell seit 23.11.2026 17:04:48

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000549
Ersteintrag:	16.02.2022
Letzte Änderung:	23.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	08.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Berufsverband
Kontaktdaten:	Adresse: Toulouser Allee 71 40476 Düsseldorf Deutschland Telefonnummer: +4921145780 E-Mail-Adressen: info@vdz-online.de Webseiten: www.vdz-online.de
Hauptstadtrepräsentanz:	Reinhardtstraße 14-16 10117 Berlin Telefonnummer: +493028002100 E-Mail-Adresse: politik@vdz-online.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
1.390.001 bis 1.400.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
1,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Manuel Mohr M.A.**
   Funktion: Hauptgeschäftsführer
2. **Dr. Dirk Spenner**
   Funktion: Präsident
3. **Dirk Beese**
   Funktion: Vizepräsident
4. **Wolfgang Matthias**
   Funktion: Vizepräsident
5. **Thomas Spannagl**
   Funktion: Vizepräsident

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (5):

1. **Manuel Mohr M.A.**
2. **Dipl. Volksw. Dennis Behrouzi**
3. **M.A. Adam Aach**
4. **Lisanne Schenker**
5. **Manuel Mohr M.A.**

Gesamtzahl der Mitglieder:
17 Mitglieder am 03.06.2026, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (6):
1. Cement Europe - The European Cement Association (https://cementeurope.eu/about-us/our-members/)
2. Bundesverband Baustoffe - Steine und Erden e.V. (https://www.baustoffindustrie.de/bundesverband/Mitglieder/)
3. vero - Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V. (https://www.vero-baustoffe.de/)
4. unternehmer nrw Landesvereinigung der Unternehmensverbände e.V. (https://www.unternehmer.nrw/)
5. Aktion Impulse für den Wohnungsbau (https://www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de/)
6. KlimaDiskurs.NRW (https://klimadiskurs-nrw.de/)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (23):
Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Bauwesen und Bauwirtschaft; Stadtentwicklung; Wohnen; Artenschutz/Biodiversität; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Güterverkehr; Schienenverkehr; Schifffahrt; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Wissenschaft, Forschung und Technologie; öffentliche Vergabe

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Zweck des Vereins ist die Wahrung und Förderung der gemeinsamen wirtschaftlichen Belange der Zementindustrie in der Bundesrepublik Deutschland und im Ausland sowie die Förderung von Technik und Wissenschaft einschließlich Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Herstellung und Anwendung von hydraulischen Bindemitteln und alle damit zusammenhängenden Gegenstände. Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung geführt – schwerpunktmäßig aus den Ministerien für Wirtschaft und Klimaschutz, Umwelt und Bau. In Einzelfällen erfolgt aber auch die Ansprache weiterer Ministerien. Gleichermaßen führt der VDZ Gespräche mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages. Im Fokus stehen dabei baupolitische Themen (z.B. Grüne Leitmärkte für Zement und Beton), aber auch eine Vielzahl klima-, energie- und umweltpolitischer Fragestellungen. Darüber hinaus übermittelt der VDZ auch Stellungnahmen zu konkreten Regelungsvorhaben oder Studien/Gutachten zu übergeordneten Themen (wie z.B. zur Dekarbonisierung und Ressourcenschonung in der Industrie). Des Weiteren vernetzt der VDZ seine Mitgliedsunternehmen mit Politikerinnen und Politikern, um den direkten Dialog zu fördern.

Konkrete Regelungsvorhaben (17)

1. **Den Einsatz der CO2-Abscheidung, -Speicherung und -Nutzung (CCUS) inkl. des Transports in Deutschland im industriellen Maßstab ermöglichen.**

   Beschreibung:
   Mit der KSpG-Novelle sollen wesentliche Hürden für die Anwendung von CCUS und den Aufbau einer CO2-Transportinfrastruktur in Deutschland beseitigt werden. Der VDZ setzt sich für einen möglichst schnellen Hochlauf mit den entsprechenden Genehmigungsverfahren und einem fairen Regulierungs- und Finanzierungsrahmen ein.

   Bundesrats-Drucksachennummer:
   BR-Drs. 266/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes
   Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMWK) (20. WP): Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid Speicherungsgesetzes

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/11900 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes
Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMWK) (20. WP): Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid Speicherungsgesetzes

Betroffenes geltendes Recht:
KSpG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. **SG2406170123** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 21.03.2024 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2411220014** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 21.11.2024 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Gremien [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. **SG2507070006** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 04.07.2025 an:

   Bundesregierung

   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. **Praktikable Umsetzung der Corporate Sustainability Reporting Directive in nationales Recht**

   Beschreibung:
   Die EU hat beschlossen, dass große und mittlere Kapitalgesellschaften sowie bestimmte Personengesellschaften künftig im Rahmen ihres Jahresabschlusses einen Nachhaltigkeitsbericht veröffentlichen müssen. Der VDZ setzt sich nun für eine pragmatische Umsetzung der Regelungen ins Handelsrecht ein. So sollten aus Sicht des VDZ doppelte Berichtspflichten vermieden werden. Ferner sollte der Lagebericht erst zur Offenlegung in ein maschinenlesbares Format gebracht werden. Zuletzt fordert der VDZ, die Prüfung der Nachhaltigkeitsberichte auch durch andere Berufsgruppen als lediglich Wirtschaftsprüfer zu ermöglichen. Diese Möglichkeit ist auch durch die EU-Richtlinie gegeben und sollte im Sinne einer 1:1-Umsetzung so erfolgen.

   Bundesrats-Drucksachennummer:
   BR-Drs. 385/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen
   Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

   Zuvor:
   Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Vorgang)

   Bundestags-Drucksachennummer:
   BT-Drs. 20/12787 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen
   Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

   Zuvor:

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
HGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406170124** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 19.04.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. **Den Ausgleich von Restemissionen ermöglichen und Klarheit bei der Definition von "Emissionen" schaffen.**

   Beschreibung:
   Im Zuge der 2023 novellierten EU-Emissionshandelsrichtlinie (EU-ETS-Richtlinie) ist auch eine Aktualisierung der Vorschriften für die Überwachung von und die Berichterstattung über Emissionen erforderlich. Entsprechend hat die EU-Kommission nunmehr den Entwurf einer Durchführungsverordnung zur Anpassung der Monitoring-Verordnung (Monitoring and Reporting Regulation, MRR) vorgelegt. Die geplanten Änderungen an der MRR folgen im Wesentlichen der in der ETS-Richtlinie geänderten Definition des Emissionsbegriffs (Art. 3 (b)). Künftig sollen „Emissionen“ hinsichtlich der „Freisetzung“ aus Einsatzstoffen bzw. Anlagen definiert werden. Mit der Änderung würden auch neue CCU-Anwendungen nach der Verbrennung zumindest anlagenbezogen einer „Emission in die Atmosphäre“ gleichgestellt.

   Interessenbereiche:
   EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

4. **Reform der Stromsondernetzentgelte für die Industrie durch die BNetzA**

   Beschreibung:
   Die Bundesnetzagentur (BNetzA) hat ein Eckpunktepapier für eine Reform der Sondernetzentgelte der Industrie (§ 19 Abs. 2, Satz 1 und 2, StromNEV) veröffentlicht. Aus Sicht der BNetzA ist diese geboten, um den Anforderungen des deutschen Stromsystems gerecht zu werden, das inzwischen von einem hohen Anteil dezentraler und volatiler Stromerzeugung geprägt ist. Die „Eckpunkte zur Fortentwicklung der Industrienetzentgelte im Elektrizitätsbereich“ richten den Blick im Wesentlichen auf die Mobilisierung weiterer Flexibilitätspotenziale, lassen dabei aber die Frage außer Acht, wie im Zuge der

Energiewende auch mittel- und langfristig wettbewerbsfähige Netzentgelte für die Industrie sichergestellt werden können.

Betroffenes geltendes Recht:
StromNEV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2409300024** (PDF - 10 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 18.09.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

5. **Vergabetransformationspaket um grüne Leitmärkte für Zement und Beton ergänzen**

Beschreibung:
Mit dem sog. „Vergabetransformationspaket“ will die Bundesregierung öffentliche Vergabeverfahren vereinfachen, beschleunigen und stärker auf nachhaltige Produkte ausrichten.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Entwurf eines Gesetzes zur Transformation des Vergaberechts (Vergaberechtstransformationsgesetz, VergRTransfG)
Datum des Referentenentwurfs: 18.10.2024
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
VgV 2016 [alle RV hierzu]; KonzVgV [alle RV hierzu]; VSVgV [alle RV hierzu]; SektVO 2016 [alle RV hierzu]; GWB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2411010012** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 01.11.2024 an:

   Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

6. **Sondervermögen und nachhaltige Beschaffung**

Beschreibung:
Mit der letzten Grundgesetzänderung wurde über die Errichtung eines Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaschutz gestimmt. Das vorliegende Errichtungsgesetz befasst sich grob mit der Verteilung des Vermögens an die Bundesländer sowie auf verschiedene Verwendungsbereiche.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität
Datum des Referentenentwurfs: 04.06.2025
Federführendes Ministerium: Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]

7. **Wettbewerbsfähige Stromkosten: Absolute Deckelung der Netzentgelte erforderlich**

Beschreibung:
Kontext ist das Verfahren der Bundesnetzagentur (BNetzA) zur Festlegung der Allgemeinen Netzentgeltsystematik Strom (AgNeS). Ziel des Reformvorhabens ist die Modernisierung des bestehenden Netzentgeltsystems in Deutschland, das laut BNetzA angesichts des ambitionierten Ausbaus erneuerbarer Energien, der zunehmenden Dezentralisierung der Stromerzeugung und des steigenden Bedarfs an Flexibilität nicht mehr zeitgemäß ist.

Betroffenes geltendes Recht:
StromNEV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]

8. **Reform der öffentlichen Vergabe für Schaffung grüner Leitmärkte nutzen**

Beschreibung:
Mit dem Vergabebeschleunigungsgesetz will die Bundesregierung die öffentlichen Vergabeverfahren einerseits vereinfachen, beschleunigen und digitalisieren sowie andererseits um ausdrückliche Vorgaben zur Beschaffung von klimafreundlichen Produkten erweitern.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/1934 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMWE): Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabebeschleunigungsgesetz) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
GWB [alle RV hierzu]; WRegG [alle RV hierzu]; VgV 2016 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]; öffentliche Vergabe

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2508040001** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 28.07.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

9. **Beibehalt des Kundenanlagenprivilegs gemäß § 3 Nr. 24a/b EnWG**

Beschreibung:
Branchenübergreifende Initiative für einen rechtskonformen, praxisgerechten Beibehalt des Kundenanlagenprivilegs gemäß § 3 Nr. 24a/b EnWG, das die Besonderheiten von Werksnetzen berücksichtigt. Denkbar ist hier eine Ausnahmeregelung oder Bagatellgrenze, die Anlagen zur industriellen Eigenversorgung auch weiterhin von den Pflichten klassischer Verteilnetzbetreiber befreit.

Betroffenes geltendes Recht:
EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2508280007** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 25.08.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

10. **Reform der EU-Vergaberichtlinien**

Beschreibung:
Die EU-Kommission hat angekündigt, im kommenden Jahr einen Vorschlag zur Reform der EU-Vergaberichtlinien vorzulegen. Dabei beabsichtigt die EU-Kommission, Kriterien für eine EU-Präferenz einzuführen. Im Zusammenhang mit der EU-Präferenz stellen sich Fragen zum Anwendungsbereich, der konkreten Ausgestaltung und zu den Herausforderungen bei der Umsetzung in der Praxis.

Interessenbereiche:
Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; öffentliche Vergabe

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2510210032** (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.10.2025 an:

Bundesregierung
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

11. **Umsetzung der Industrieemissions-Richtlinie (IED) in deutsches Recht aussetzen**

Beschreibung:
Seit 2024 ist die novellierte Industrieemissions-Richtlinie in Kraft. Die EU-Kommission hat mit ihr ein Regelwerk geschaffen, das wenig praxistauglich ist und einen enormen bürokratischen Mehraufwand für alle Beteiligten mit sich bringt. Die IED muss nun in nationales Recht umgesetzt werden. Der VDZ fordert, diese Umsetzung so lange auszusetzen, bis die vielen fachlichen und strategischen Mängel der IED behoben sind.

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 44/26 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1785 zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen
Zuständiges Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMUKN): Referentenentwurf eines Gesetzes und einer Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1785 zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen (2025) (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/4786 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1785 zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen
Zuständiges Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMUKN): Referentenentwurf eines Gesetzes und einer Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1785 zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen (2025) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
BImSchG [alle RV hierzu]; BImSchV 4 2013 [alle RV hierzu]; BImSchV 9 [alle RV hierzu]; BImSchV 17 2013 [alle RV hierzu]; AbwV [alle RV hierzu]; WHG 2009 [alle RV hierzu]; UVPG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. **SG2512170034** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 15.08.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. **SG2512170035** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 02.12.2025 an:

   Bundestag
   Gremien [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

3. **SG2604300029** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 23.03.2026 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Gremien [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

12. **Einführung eines Industriestrompreises**

    Beschreibung:
    Zur Entlastung energieintensiver Unternehmen von den hohen Stromkosten, soll zum 1. Januar 2026 ein Industriestrompreis für die Jahre 2026, 2027 und 2028 eingeführt werden. Die Zementindustrie zählt zum Kreis der begünstigten Branchen.

    Interessenbereiche:
    Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]

    Stellungnahmen/Gutachten (2):

    1. **SG2512220045** (PDF - 2 Seiten)

       Adressatenkreis:

       Versendet am 19.12.2025 an:

       Bundesregierung
       Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

    2. **SG2601230019** (PDF - 11 Seiten)

       Adressatenkreis:

       Versendet am 23.01.2026 an:

       Bundesregierung
       Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

13. **Reform der EU-Emissionshandelsrichtlinie**

    Beschreibung:

Im Sommer 2026 ist auf EU-Ebene die Überprüfung wesentlicher Elemente des Europäischen Emissionshandelssystems (EU-ETS), darunter der Marktstabilitätsreserve (MSR) fällig. In diesem Zuge soll evaluiert werden, ob zusätzliche Maßnahmen erforderlich sind, um die europäischen Klimaziele zu erreichen.

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2603170030** (PDF - 6 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 17.03.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. **SG2608250001** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 14.08.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

14. **Umsetzung der Luftqualitätsrichtlinie - Änderungen an der TA Luft zeitnah vorlegen**

Beschreibung:
Die Bundesregierung muss bis Dezember 2026 die EU-Luftqualitätsrichtlinie in deutsches Recht umsetzen. Um die Auswirkungen der abgesenkten Immissionswerte auf künftige Genehmigungsverfahren beurteilen zu können, ist eine zeitnahe Vorlage der Änderungen an der TA Luft notwendig. Hierzu macht der VDZ in seiner Stellungnahme konkrete Vorschläge.

Referentenentwurf:
Referentenentwurf zur Neufassung der 39. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über Luftqualitätsstandards - 39. BImSchV) (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 02.06.2026
Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
BImSchV 39 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2606190001** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 19.06.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

15. **Gesetz und Verordnung zur Stärkung eines modernen, digitalen und wirksamen Umweltschutzes**

Beschreibung:
Mit Blick auf das vorgelegte Gesetz und die Verordnung zur Stärkung eines modernen, digitalen und wirksamen Umweltschutzrechts soll hier vor allem aufgezeigt werden, dass die enthaltenen Entlastungen in der betrieblichen Praxis kaum spürbar sein dürften. Es braucht daher weitere Schritte bei der Entlastung von Regelungen, die dem Umweltschutz nicht dienlich sind.

Referentenentwurf:
Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung eines modernen, digitalen und wirksamen Umweltschutzes (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 03.07.2026
Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
UStatG 2005 [alle RV hierzu]; UVPG [alle RV hierzu]; BImSchG [alle RV hierzu]; WHG 2009 [alle RV hierzu]; BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]; AbfBeauftrV 2017 [alle RV hierzu]; EMASPrivilegV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2608130016** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 06.07.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

16. **UVP-Änderungsgesetz / Unnötige Doppelregulierung für BImSchG-Anlagen reduzieren**

Beschreibung:

Der Regelungsentwurf enthält für die Zementindustrie kaum relevante Punkte. Weitere Ergänzungen sollten dahingehend erfolgen, dass Anlagen, die nach dem BImSchG genehmigt werden, von unnötiger Doppelregulierung im UVPG entlastet werden.

Referentenentwurf:
Referentenentwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung an unionsrechtliche Vorgaben und zur Reform der Umweltverträglichkeitsprüfung bei dem Umwelt- und Klimaschutz dienenden Änderungsvorhaben (UVP-Anpassungsgesetz) (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 27.07.2026
Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
UVPG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2608130018** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 13.08.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

17. **Keine Umschichtung der Emissionshandels-Einnahmen in den allgemeinen Haushalt. Klima- und Transformationsfonds (KTF) auskömmlich finanzieren**

Beschreibung:
Ein Teil der ETS-1-Einnahmen soll künftig nicht mehr im KTF, sondern im Kernhaushalt verbucht werden, um die dortige Haushaltslücke zu schließen. Hierfür will die Bundesregierung das zugrunde liegende KTF-Gesetz anpassen (vgl. Art. 6 Nr. 2 Haushaltsbegleitgesetz). Demnach sollen die Erlöse aus dem EU-ETS 1 künftig automatisch in den Kernhaushalt fließen und nur der Anteil, der dort nicht verbucht wird bzw. für die Finanzierung der Deutschen Emissionshandelsstelle (DEHSt) vorgesehen ist, dem KTF zugutekommen. Für das Jahr 2027 ist von 2,7 Mrd. € die Rede, die somit nicht mehr zur Finanzierung der Dekarbonisierungsförderung im KTF zur Verfügung stehen.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/7860 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2027
Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
EKFG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2609160004** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 24.08.2026 an:

   Bundestag
   Gremien [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]
   Organe [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
5.720.001 bis 5.730.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

VDZ_e-V-_2025_JAP_-_1_Testat_-_Bilanz_GuV_Testat.pdf